



Nur noch wenige Tage: Umfrage zu Bahnlärm Lärmaktionsplanung braucht Mitarbeit der Bürger/innen



Bahnlärm macht krank – eine effektive Lärmaktionsplanung kann nur gelingen, wenn die Betroffenen sich zu Wort melden. Machen Sie also noch bis zum 30. Juni Ihrem Ärger Luft und teilen Sie Ihre Erfahrungen mit!

Foto: Peter von Bechen / pixelio.de

Noch bis Ende Juni erfassen alle EU-Staaten Lärmdaten an Bahnstrecken für eine effektive Lärmaktionsplanung. In Deutschland versucht das zuständige Eisenbahn-Bundesamt (EBA) mit einer großen bundesweiten Online-Umfrage der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, das Ausmaß der Lärmbelastungen an Schienenwegen außerhalb von Ballungsräumen zu ermitteln.

In Anbetracht der laufenden Diskussionen um den stetig zunehmenden Verkehrslärm ist es sinnvoll, auch die subjektiven Bewertungen der Betroffenen systematisch zu erfassen. Völlig unverständlich finde ich jedoch, dass praktisch niemand in unserer Region bisher davon weiß. Jetzt wird es höchste Zeit, dass alle Betroffenen und

Bahnlärm-Geplagten an dieser Erhebung teilnehmen. Wenn nicht, könnte das EBA zu der Erkenntnis kommen, dass in der Region Trier der Lärmschutz an der Schiene kein Thema sei – genau das Gegenteil ist aber der Fall! Die Befragung läuft noch bis Ende Juni im Internet unter www.laermaktionsplanung-schiene.de

Hintergrund der Umfrage ist die 2002 von der Europäischen Union beschlossene Richtlinie zur Bekämpfung von Umgebungslärm an Bahnstrecken, die seit 2005 vom Bundestag in Gesetzesform umgesetzt wurde. Seit Anfang 2015 sind nicht mehr die Kommunen sondern das EBA verantwortlich für die Erstellung von Lärmkatastern und Sanierungspläne.



Liebe Leserinnen und Leser,

vielen Dank für die große positive Resonanz auf meine Einblick-Sonderausgabe zum Thema „In Würde leben – In Würde sterben“. Offensichtlich findet die konzentrierte Betrachtung eines Themas im Rahmen einer Themenwoche großen Anklang. Ich werde das auch zu anderen Themen wiederholen.

Diesen Einblick verbinde ich mit zwei Einladungen zu sehr interessanten Diskussionsveranstaltungen. Die Themen: TTIP (S. 2 u. 3) und „Mehr Zeit für Familien“ (S. 4). Ich würde mich freuen, Sie und Euch begrüßen zu dürfen.

Liebe Grüße

Katarina

TTIP-Diskussion im Europäischen Parlament

Eine Resolution soll die roten Linien der Abgeordneten bestimmen

Ganz Europa diskutiert über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. TTIP ist für manche bereits zum Unwort geworden, dabei ist es viel zu früh für ein endgültiges Urteil. Der Diskussionsprozess läuft. Noch nie wurde über ein Freihandelsabkommen in dieser Art und Weise öffentlich diskutiert. Das ist eine Chance für die Demokratie in Europa. Das Europäische Parlament will mit einer Resolution diese Chance zur konstruktiven Auseinandersetzung nutzen. Der Text soll die Empfehlungen und Anforderungen der Parlamentarier zum Abkommen beschreiben. Es geht um die roten Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Sozialdemokraten haben auf europäischer Ebene bereits jetzt zentrale Forderungen im Resolutionsentwurf unterbringen können:

Weitreichende Arbeitnehmerrechte

Handelsabkommen müssen Regeln für die globalisierte Wirtschaft enthalten. TTIP soll ein bindendes und durchsetzbares Nachhaltigkeitskapitel bekommen. Dazu gehören die acht Kernarbeitsnormen der ILO, die Regeln für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln sowie die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen. Ein umfassendes Kapitel zu Arbeitnehmerrechten wäre erstmalig durchgesetzt.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Weitgehende Ausnahmen sind durchgesetzt worden. Dienstleistungen im allgemeinen öffentlichen und im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse – also zum Beispiel die Wasserversorgung – sind ausgenommen. Eine Beschränkung

von Möglichkeiten zur Rekommunalisierung wird es nicht geben.

Kulturelle Vielfalt

Die kulturelle Vielfalt in Europa soll nicht berührt werden. Europäische Mechanismen zur Förderung und Subventionierung von kulturellen, audiovisuellen und medialen Dienstleistungen sollen unangetastet bleiben. Gleiches gilt für die Buchpreisbindung.

Dienstleistungen

Der Markt für Dienstleistungen für ausländische Investoren wird nach einem „Positiv-Listenansatz“ geregelt. Nur Dienstleistungen, die ausdrücklich genannt sind, können für ausländische Investoren geöffnet werden.

Verbraucherstandards

Hier gibt es keine Kompromisse. Klonfleisch, gentechnisch verändertes Fleisch oder Hormonfleisch wird es auf

sönlicher Daten muss in allen Teilen des Abkommens gesichert, garantiert und respektiert werden.

Größere Transparenz bei Verhandlungen

Die Transparenz muss größer werden. Alle Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen vollen Zugang zu den Verhandlungsdokumenten von TTIP erhalten. Auch die breite Öffentlichkeit muss einen verbesserten Zugang zu Informationen bekommen.

Keine privaten Schiedsstellen

Private Schiedsstellen wird es nicht geben! Im Gespräch ist stattdessen die Schaffung eines internationalen Handelsgerichtshof, der zukünftig über Investitionsstreitigkeiten entscheiden würde. Dies hätte den Vorteil, dass nicht die Vertreter von internationalen Handelskanzleien über die Verfahren entscheiden, sondern öffentlich bestellte



Der Hamburger auf europäischen Tellern bleibt Klon- und Hormonfleisch frei

europäischen Tellern nicht geben. Die Lebensmittelstandards werden nicht herabgesetzt.

Datenschutz

Der Datenschutz muss sich an der geltenden europäischen Datenschutzrechtsprechung orientieren. Dies gilt auch für eine zukünftige Datenschutzverordnung in der EU. Der Schutz per-

Richter. Bis zur Einrichtung eines solchen Gerichtes sollten meiner Meinung nach bereits bestehende Gerichtshöfe über die Verfahren entscheiden. Dies wären der Europäische Gerichtshof und der Supreme Court. Beide Gerichte genießen hohes Ansehen in der Bevölkerung und wären sofort einsatzfähig.

Diskutieren Sie mit!
Terminhinweis auf Seite 3

TTIP: Chlorhühnchen oder Jobwunder?**7. Juli 2015, 19 Uhr, IHK Trier****Einladung zum Trierer Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung:**

Hohe Erwartungen, beträchtliche Sorgen, komplette Ablehnung: Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP stößt auf ein geteiltes Echo, noch nie wurde ein Handelsabkommen öffentlich so kontrovers diskutiert.

Wieso gehören ausgerechnet die exportfreudigen Deutschen zu den größten Gegnern des Handelsabkommens? Haben die mangelnde Transparenz im Verhandlungsprozess Vorurteile und Ängste geschürt oder besteht tatsächlich Grund zur Sorge? Was ist dran an den teils dramatischen Warnungen in den sozialen Netzwerken?

Was bedeutet TTIP für die Bürgerinnen und Bürger, für die mittelständische Wirtschaft in unserer Region, für die kommunale Daseinsvorsorge und für unsere Arbeitsbe-

dingungen? Was wird aus unseren Rechten als Arbeitnehmer_innen und Verbraucher_innen? Wie wirken sich internationale Schiedsgerichtshöfe auf die Rechtsstaatlichkeit unserer Demokratie aus?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt herzlich ein, hierüber mit Katarina Barley (MdB), Bernd Lange (MdEP), Lukas Bläsius (DGB) und Freya Lemcke (DIHK) zu diskutieren. Termin: 7. Juli 2015 ab 19 Uhr in der IHK in Trier (Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier

Um Anmeldung telefonisch unter 06131-960670 oder per E-Mail an mainz@fes.de wird gebeten. Anmeldungen nur bei Facebook können nicht berücksichtigt werden!

Terminservicestellen: In vier Wochen zum Facharzttermin

Der Deutsche Bundestag hat ein Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung beraten. Dahinter stehen zahlreiche Verbesserungen, die den Versicherten in der gesetzlichen Krankenkasse als Patientinnen und Patienten zugute kommen.

Darunter unter anderem die Einführung von Terminservicestellen. Was verbirgt sich konkret dahinter? Die Kassenärztlichen Vereinigungen müssen

diese Stellen einrichten. Patientinnen und Patienten mit Überweisung vom Hausarzt können sich dort innerhalb vier Wochen einen Facharzttermin vermitteln lassen. Kann die Terminservicestelle keinen Termin vermitteln, ist sie verpflichtet einen ambulanten Behandlungstermin im Krankenhaus anzubieten.

Viele Patientinnen und Patienten fühlen sich durch lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin medizinisch

schlecht versorgt und gegenüber Privatversicherten benachteiligt. Wir stellen jetzt durch die Einführung der Terminservicestellen sicher, dass eine zeitnahe Behandlung entweder beim niedergelassenen Arzt oder im Krankenhaus erfolgt.

Das verbessert die Versorgung und kommt auch dem Gerechtigkeitsempfinden von Millionen Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung entgegen.

10. Trierer Nacht der Solidarität

Am 6. Juni fand die 10. Nacht der Trierer Solidarität statt. Die Aids-Hilfe Trier ruft mit dieser Veranstaltung alljährlich zur Solidarität mit den Menschen auf, die weltweit von HIV und AIDS betroffen sind. Eine Hälfte der gesammelten Spenden geht an die HOPE-Kapstadt-Stiftung, die andere Hälfte geht in die Jugendpräventionsarbeit der Aids-Hilfe.

**IMPRESSUM**

Berliner **Einblick:** – 26.06.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 26.06.2015

Schutz gegen Einbrüche

Neues Förderprogramm des Bundes aufgelegt

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat das neue Förderprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ beschlossen. In den Jahren 2015 bis 2017 werden insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Die Kriminalstatistik für das Jahr 2014 verzeichnet einen stetigen Anstieg der Wohnungseinbrüche. Bundesweit wurden 152.123 Fälle registriert. Mit dem neuen Förderprogramm sollen Wohnungen und Häuser sicherer vor Einbrüchen werden. Selbstverständlich ist das kein Ersatz für eine gut ausgestattete Polizei und die Streife vor Ort, aber die Praxis zeigt, dass Investitionen in Sicherheitstechnik den Schutz erhöhen.

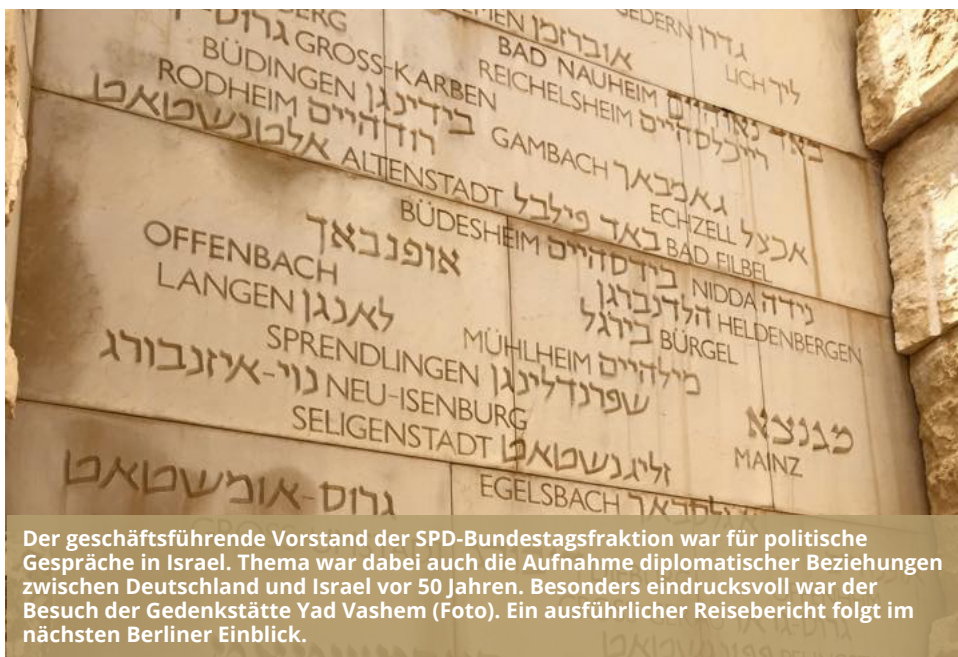
40 Prozent der Einbrecher lassen von ihrer Tat bereits ab, wenn sie auf gesicherte Türen und Fenster stoßen. Das neue Förderprogramm ist beim Bundesbauministerium angesiedelt, das jetzt zeitnah eine Förderrichtlinie erarbeiten wird. Der Haushaltsausschuss hat bereits Eckpunkte festgelegt. Die

SPD hat dabei darauf geachtet, dass insbesondere durch eine geringe Mindestinvestitionssumme und einen hohen Förderanteil viele Menschen profitieren können:

Antragsberechtigt sind Mieterinnen und Mieter (mit Zustimmung der Eigentümer) und Eigentümerinnen und Eigentümer. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse zu den Materialkosten. Die Gesamtinvestitionssumme muss mindestens 500 Euro betragen. Die Förderung beträgt 20 Prozent, höchstens jedoch 1500 Euro pro einzelnen Antrag. Voraussetzung für die Förderung ist die Vorlage von zwei Angeboten oder eines Angebotes einer zertifizierten Fachfirma. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Originalrechnung.

50 Jahre deutsch-isrealische diplomatische Beziehungen

Vorstand der SPD-Fraktion reist nach Jerusalem



Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion war für politische Gespräche in Israel. Thema war dabei auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vor 50 Jahren. Besonders eindrucksvoll war der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem (Foto). Ein ausführlicher Reisebericht folgt im nächsten Berliner Einblick.

Einladung: Mehr Zeit für die Familie

Familie heißt, füreinander zu sorgen und Verantwortung zu übernehmen. Fragt man, was Menschen am wichtigsten im Leben ist, steht die Familie meist ganz vorne. Gleichzeitig wünschen sich viele einen besseren Ausgleich von Arbeit und Familienzeit sowie mehr Zeit füreinander.

Wir werden über beschlossene Neuregelungen und Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion informieren.

Katarina Barley und der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix möchten sich mit Ihnen über Ihre Erfahrungen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf austauschen. Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

**SPD-Bundestagsfraktion vor Ort
am Mittwoch, 8. Juli 2015, 18:00 Uhr,
KulturGießerei – Soziokulturelles
Zentrum Saarbürg,
Staden 130, 54439 Saarbürg**

KLARSTELLUNG

zur PKW-Maut-Abstimmung

Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der PKW-Maut eröffnet. Anlässlich dieser Nachricht möchte ich noch einmal klarstellen: Die Berichterstattung des Trierischen Volksfreunds über die Abstimmung zur PKW-Maut am 27. März 2015 im Bundestag war fehlerhaft. Der TV hatte behauptet, ich hätte der Maut zugestimmt. Diese Darstellung war sachlich falsch. Richtig ist, dass ich mich bei der Abstimmung enthalten habe.